

## **Beschluss des Akkreditierungsrates**

Antrag: 02. Programmakkreditierung - Begutachtung im Bündel  
Studiengang: Musik, M.Mus.  
Hochschule: Hochschule für Musik Freiburg im Breisgau  
Standort: Freiburg  
Datum: 04.12.2025  
Akkreditierungsfrist: 01.10.2025 - 30.09.2033

### **1. Entscheidung**

Der oben genannte Studiengang wird mit Auflagen akkreditiert.

Der Akkreditierungsrat stellt auf Grundlage des Prüfberichts der Agentur (Ziffer 1 des Akkreditierungsberichts) sowie der Antragsunterlagen der Hochschule fest, dass die formalen Kriterien nicht erfüllt sind.

Der Akkreditierungsrat stellt auf Grundlage des Gutachtens des Gutachtergremiums (Ziffer 2 des Akkreditierungsberichts) sowie der Antragsunterlagen der Hochschule fest, dass die fachlich-inhaltlichen Kriterien erfüllt sind.

### **2. Auflagen**

Auflage 1: Zusätzlich zur Abschlussnote müssen statistische Daten gemäß ECTS Users' Guide zur Einordnung des individuellen Abschlusses ausgewiesen werden. (§ 7 Abs. 2 Nr. 6 StAkkrVO)

Auflage 2: Die Anforderungen an die jeweils im Studiengang zur Anwendung kommenden Prüfungsformen sowie deren Umfang bzw. Dauer sind in geeigneter Form verbindlich festzulegen. (§ 7 Abs. 2 Nr. 5 i.V.m. § 7 Abs. 3 StAkkrVO)

Auflage 3: Die Hochschule legt fest, dass für den Masterabschluss unter Einbeziehung des vorangehenden Studiums bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss 360 ECTS-Leistungspunkte benötigt werden. Davon kann bei entsprechender Qualifikation der Studierenden im Einzelfall abgewichen werden, auch wenn nach Abschluss eines Masterstudiengangs aufgrund des Umfangs des Erststudiums weniger als 360 ECTS-Leistungspunkte erreicht werden. Die Hochschule muss im Rahmen des Zulassungsverfahrens validieren, dass diese Studierenden über die für den gewählten Studiengang erforderlichen Kompetenzen verfügen. (§ 8 Abs. 2 Satz 3, 4 StAkkrVO)

### **3. Begründung**

Die im Akkreditierungsbericht enthaltene Bewertung des Studiengangs auf Grundlage der formalen und der fachlich-inhaltlichen Kriterien ist im Wesentlichen nachvollziehbar, vollständig und begründet.

Die aus der Bewertung resultierenden Entscheidungsvorschläge der Agentur und des Gutachtergremiums sind jedoch nicht durchweg plausibel, so dass der Akkreditierungsrat nach intensiver Beratung in zwei Punkten (Gesamtzahl Kreditpunkte und Anwesenheitspflicht) zu einer abweichenden Entscheidung gelangt ist.

## **I. Auflagen**

### **I.1 Erteilte Auflagen (inkl. Begründung)**

#### **Auflage 1 (§ 7 Abs. 2 Nr. 6 StAkkVO, statistische Daten gemäß ECTS Users' Guide zur Einordnung des individuellen Abschlusses)**

Auf Seite 57 im Akkreditierungsbericht schlägt die Agentur folgende Auflage vor: "Die Hochschule muss die relative Note – bzw. bei kleinen Fallzahlen alternativ einen Notenspiegel – innerhalb der Abschlussdokumente ausweisen."

Die Begründung der Auflage ist dem Akkreditierungsbericht, Seite 56/57, zu entnehmen.

Unter Fußnote 39 steht im Akkreditierungsbericht, Seite 57: "Die Hochschule hat im Rahmen der Stellungnahme am 30. Juni 2025 folgendes mitgeteilt: „Die Hochschule für Musik hat beschlossen, Notenspiegel innerhalb der Abschlussdokumente auszuweisen, sofern aus Gründen des Datenschutzes bis zum Stichtag 01.08. bzw. 01.03. mehr als 10 Noten innerhalb eines Zeitraums von 3 Jahren vorliegen. Derzeit ist die automatisierte Ausgabe des Notenspiegels noch nicht im Campusmanagement implementiert. Aufgrund des hohen Verwaltungsaufwands ist eine Erstellung des Notenspiegels derzeit daher vorerst nur auf Anfrage möglich.“"

Der Akkreditierungsrat bedankt sich für die Information, erteilt jedoch die Auflage, da sie noch nicht umgesetzt wurde. Der Akkreditierungsrat passt die Auflage, gemäß seiner Spruchpraxis, redaktionell an.

#### **Auflage 2 (§ 7 Abs. 3 StAkkVO, Prüfungsart, -umfang, -dauer)**

Auf Seite 57 im Akkreditierungsbericht schlägt die Agentur folgende Auflage vor: "Die Hochschule muss bei den Voraussetzungen für die Vergabe von ECTS-Leistungspunkten angeben, wie ein Modul erfolgreich absolviert werden kann (Prüfungsart, -umfang, -dauer)."

Die Begründung der Auflage ist dem Akkreditierungsbericht, Seite 56/57, zu entnehmen.

Unter Fußnote 40 steht im Akkreditierungsbericht, Seite 57: "Die Hochschule hat im Rahmen der Stellungnahme am 30. Juni 2025 folgendes mitgeteilt: „Die Hochschule für Musik überprüft derzeit die Modulhandbücher der Studiengänge Bachelor Musik, Master Musik, Bachelor Kirchenmusik, Master Kirchenmusik, Bachelor of Music (Lehramt an Gymnasien) und Master of Education und wird die fehlenden Angaben in Absprache mit den verantwortlichen Stellen ergänzen.“"

Gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 5 i.V.m. § 7 Abs. 3 StAkkVO bedarf es sowohl einer verbindlichen Festlegung der Anforderungen an die jeweils im Studiengang zur Anwendung kommenden Prüfungsformen als auch einer verbindlichen Festlegung vorab der Dauer bzw. des Umfangs der jeweiligen Prüfungsform, wobei die Festlegung von Spannbreiten genügt.

Der Akkreditierungsrat bedankt sich für die Information seitens der Hochschule, erteilt jedoch die Auflage, da sie noch nicht umgesetzt wurde. Der Akkreditierungsrat passt die Auflage, gemäß seiner Spruchpraxis, redaktionell an.

**Auflage 3 (§ 8 Abs. 2 Satz 3, 4 StAkkrVO, Gesamtzahl ECTS-Leistungspunkte beim Masterabschluss)**

Im Akkreditierungsbericht, Seite 48-49, steht: "Die Zulassung zum Studiengang Master Musik setzt außerdem ein abgeschlossenes Bachelorstudium an einer deutschen Musikhochschule bzw. den Abschluss eines musikbezogenen Studiengangs an einer deutschen Hochschule mit Promotionsrecht oder einem vergleichbaren Institut des In- und Auslandes voraus (siehe § 5 (1) Imma)."

In der Immatrikulationssatzung steht in § 5 lediglich: "(1) Voraussetzung für die Zulassung zu einem Masterstudiengang ist der Nachweis eines abgeschlossenen Bachelorstudiums an einer deutschen Musikhochschule beziehungsweise eines musikbezogenen Studiengangs an einer deutschen Hochschule mit Promotionsrecht oder einem vergleichbaren Institut des In- und Auslandes."  
Ein bestimmter Umfang des ersten berufsqualifizierenden Studienabschlusses wird nicht vorausgesetzt.

Der Akkreditierungsrat stellt in eigener Prüfung fest, dass das Masterniveau im konsekutiven Studiengang "Musik" (M. Mus.) mit 360 ECTS-Leistungspunkten erreicht wird.

Zum einen muss die Hochschule festlegen, dass für den Masterabschluss unter Einbeziehung des vorangehenden Studiums bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss 360 ECTS-Leistungspunkte und entsprechend als Regelfall ein erster Studienabschluss im Umfang von 240 Leistungspunkten benötigt werden. Dies muss in der Immatrikulationssatzung oder an anderer geeigneter Stelle verbindlich verankert werden.

Davon kann bei entsprechender Qualifikation der Studierenden im Einzelfall abgewichen werden, auch wenn nach Abschluss eines Masterstudiengangs aufgrund des Umfangs des Erststudiums weniger als 360 ECTS-Leistungspunkte erreicht werden. (vgl. § 8 Abs. 2 Satz 3 StAkkrVO) Die Hochschule muss dazu im Rahmen des Zulassungsverfahrens validieren, dass auch die Bewerberinnen und Bewerber, die unter Berücksichtigung des Erststudiums mit dem Masterabschluss weniger als 360 ECTS-Leistungspunkte erwerben würden, über die für den gewählten Studiengang erforderlichen Kompetenzen verfügen. Wie die Hochschule das macht, bleibt ihr überlassen. Neben der Belegung zusätzlicher Module vor dem oder parallel zum Masterstudiengang ("Auffüllen auf 360 ECTS-Leistungspunkte") sind dazu auch weitere Optionen (bspw. Durchführung einer Eignungsprüfung) denkbar.

Die Hochschule für Musik Freiburg im Breisgau überprüft dies bereits anhand einer Eignungsprüfung. Das entsprechende Verfahren wird auch umfangreich und transparent in der Immatrikulationssatzung und Anlage 3: Prüfungsanforderungen im Studiengang Master Musik (M.Mus.) beschrieben.

Jedoch muss die Hochschule festlegen, dass für den Masterabschluss unter Einbeziehung des vorangehenden Studiums bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss 360 ECTS-Leistungspunkte und entsprechend als Regelfall ein erster Studienabschluss im Umfang von 240 Leistungspunkten

benötigt werden. Dies muss - wie bereits erwähnt - in der Immatrikulationssatzung oder an anderer geeigneter Stelle verbindlich verankert werden.

Ebenso muss das Verfahren zur Validierung des Kompetenzerwerbs im Vorfeld der Zulassung zu den Masterstudiengängen auch für Kandidatinnen und Kandidaten mit einem ersten Studienabschluss von weniger als 240 ECTS-Leistungspunkten verbindlich festgelegt werden. Bei entsprechender Qualifikation der Studierenden haben diese im Einzelfall eine rechtlich abgesicherte Grundlage, dass sie, auch wenn nach Abschluss eines Masterstudiengangs aufgrund des Umfangs des Erststudiums weniger als 360 ECTS-Leistungspunkte erreicht werden, ihren Masterabschluss im vorliegenden Studiengang erreichen.

Zur Auslegung von § 8 Abs. 2 StakV sei an dieser Stelle auf FAQ 16.3. auf der Webseite der Stiftung Akkreditierungsrat verwiesen (vgl. <https://www.akkreditierungsrat.de/de/faq/thema/16-kriterien-der-akkreditierung>).

## **I.II Nichterteilte Auflagen (inkl. Begründung)**

Auf Seite 103 im Akkreditierungsbericht schlägt das Gutachtergremium folgende Auflage vor: "Die Regelung der Anwesenheitspflicht muss in den Studien- und Prüfungsordnungen präzisiert werden."

Die Begründung der Auflage ist dem Akkreditierungsbericht, Seite 101ff., zu entnehmen.

Unter Fußnote 54 steht im Akkreditierungsbericht, Seite 102: "Die Hochschule hat im Rahmen der Qualitätsverbesserungsschleife am 30. Juni 2025 Folgendes mitgeteilt: „An der Hochschule für Musik wird das Thema Anwesenheitspflicht derzeit von allen zuständigen Gremien intensiv diskutiert. Sobald dieser Prozess abgeschlossen ist und die Hochschule zu einer abschließenden rechtsverbindlichen Einigung gekommen ist, wird der Akkreditierungsrat informiert.“"

Der Akkreditierungsrat weist darauf hin, dass der Verwaltungsgerichtshof (VGH) Baden-Württemberg in seinem Urteil vom 21. November 2017 (Aktenzeichen 9 S 1145/16) eine entsprechende Regelung zur Anwesenheitspflicht in einer Prüfungsordnung aufgrund mangelnder Bestimmtheit für nichtig erklärt hat. Der VGH bestimmt mit diesem Urteil nicht, dass jedwede Regelung zur Anwesenheitspflicht im Studium als unzulässig zu werten ist. Sofern die Normen der Universitäten den Grundsätzen der Bestimmtheit und Berufsfreiheit nicht widersprechen, können entsprechende Vorgaben durchaus wirksam sein.

Der Akkreditierungsrat erteilt auf Basis der Studienakkreditierungsverordnung Baden-Württemberg – StAkkrVO keine Auflage zu diesem Punkt, da sich eine Anwesenheitspflicht nicht aus dieser ergibt.

## **II. Hinweis**

Auf Seite 94-95 im Akkreditierungsbericht steht: "Die Hochschule sollte nach Einschätzung der Agentur juristisch prüfen (lassen), ob es rechtskonform ist, dass die Modulnoten nicht in die Abschlussnote nach einem ausgewiesenen Wertigkeitsschlüssel und Verhältnis einfließen. Die Hochschule hat im Rahmen der Qualitätsverbesserungsschleife/Stellungnahme Folgendes mitgeteilt: „Die Praxis der Abschlussnotenvergabe besteht seit fast 20 Jahren. Die Studienordnungen sind vom MWK Baden-Württemberg genehmigt und in keinem Akkreditierungsverfahren war die Rechtskonformität der

Abschlussnotenvergabe bisher jemals ein Thema. Vor diesem Hintergrund geht die Hochschule nach langjähriger Praxis davon aus, dass sie sich rechtskonform verhält. Sollten sich inzwischen die juristischen Voraussetzungen grundlegend geändert haben, wäre es insbesondere Aufgabe der übergeordneten Instanzen, uns diesen Rechtsverstoß nachzuweisen.“ Die Agentur bittet den Akkreditierungsrat, diesen Sachverhalt abschließend zu beurteilen.“

Der Akkreditierungsrat verhält sich dazu wie folgt:

Die Studienakkreditierungsverordnung Baden-Württemberg – StAkkVO verlangt u. a., dass Studiengänge modularisiert sind (§ 7 StAkkVO) und nach einem Leistungspunktesystem bewertet werden (§ 8 StAkkVO). Die StAkkVO selbst enthält keine detaillierten Vorgaben, wie eine Abschlussnote exakt zu berechnen ist (z. B. ob alle Modulnoten mit festem Wertigkeitsschlüssel einzubeziehen sind).

Weder die "Standards and Guidelines for Quality Assurance in the European Higher Education Area (ESG)" noch die Empfehlungen der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) enthalten konkrete Vorgaben zur Berechnung der Abschlussnote, fordern jedoch, dass Verfahren zur Leistungsbewertung und Notenbildung transparent, nachvollziehbar und in den Studien- bzw. Prüfungsordnungen klar geregelt sein müssen (vgl. ESG 2015, Standard 1.3: [https://www.enqa.eu/wp-content/uploads/2015/11/ESG\\_2015.pdf](https://www.enqa.eu/wp-content/uploads/2015/11/ESG_2015.pdf) und Empfehlung der HRK zu den "Standards and Guidelines for Quality Assurance in the European Higher Education Area" (ESG): <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/empfehlung-der-hrk-zu-den-standards-and-guidelines-for-quality-assurance-in-the-european-higher-edu/>, Zugriff am 11.11.2025).

Der Akkreditierungsrat stellt in eigener Prüfung fest, dass in der Studien- und Prüfungsordnung Master Musik vom 20. Juni 2012 (letztmalige Änderung vom 11.06.2025) die Bewertung der Modulabschlussprüfungen unter § 17 und die Bildung der Gesamtnote unter § 21 transparent geregelt sind, da konkret Gewichtungen und Einbezugsformen von Modul bzw. Abschlussnoten definiert werden.

Der Akkreditierungsrat erteilt auf Basis der Studienakkreditierungsverordnung Baden-Württemberg – StAkkVO keine Auflage zu diesem Punkt, da sich eine Vorgabe nicht aus dieser ergibt.

Die Hochschule hat auf eine Stellungnahme gemäß § 22 Abs. 3 der Musterrechtsverordnung bzw. der entsprechenden Regelung in der anwendbaren Landesverordnung verzichtet. Damit ist die Akkreditierungsentscheidung wirksam geworden.

